

WORKING PAPER

*Genossenschaften und
Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre*

Johann BRAZDA, Robert SCHEDIWY
Holger BLISSE, Florian JAGSCHITZ

CIRIEC N° 2010/04



CIRIEC activities, publications and researches are realised
with the support of the Belgian Federal Government - Scientific Policy
and with the support of the Belgian French Speaking Community - Scientific Research.

Les activités, publications et recherches du CIRIEC sont réalisées
avec le soutien du Gouvernement fédéral belge - Politique scientifique
et avec celui de la Communauté française de Belgique - Recherche scientifique.

ISSN 2070-8289

© CIRIEC

No part of this publication may be reproduced.

Toute reproduction même partielle de cette publication est strictement interdite.

Genossenschaften und Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre

Johann Brazda
Robert Schediwy
Holger Blisse
Florian Jagschitz

Universität Wien (Vienna)

Working paper CIRIEC No. 2010/04

Inhalt

1. Problemstellung	6
2. Charakteristik der Krise der 1930er-Jahre	6
3. Zur Charakteristik der Genossenschaften der 1930er-Jahre	7
4. Österreichs Genossenschaften in den 1930er-Jahren (Szenarien)	9
4.1 Gewerbliche Kreditgenossenschaften (Volksbanken)	9
4.2 Konsumgenossenschaften	13
4.3 Raiffeisengenossenschaften	15
4.4 Wohnbaugenossenschaften	17
5. Vergleichbarkeit der damaligen Krise mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise	18
6. Literatur	19

1. Problemstellung

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Rolle der Genossenschaften und der großen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Entworfen werden soll hier zunächst

- eine Charakteristik dieser Krise, die sich besonders tief und lang auch durch weitreichende politische Konsequenzen auszeichnete,
- es folgt eine kurze Charakteristik der Genossenschaften dieser Zeit,
- dann werden am Beispiel Österreichs einige konkrete Szenarien aus dem reichen Panorama der Geschichte der diversen Genossenschaftssparten in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre beigebracht.
- Schließen soll dieser Beitrag mit einem kurzen Ausblick und Gedanken bezüglich der Vergleichbarkeit der damaligen Krise mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise.

2. Charakteristik der Krise der 1930er-Jahre

Die schwerwiegenden Ungleichgewichte der Weltpolitik und Weltwirtschaft im Gefolge des 1. Weltkrieges hatten dramatische Auswirkungen. Sie führten in den Verliererländern zu Hyperinflationen, die breite Kreise des Mittelstandes verarmen ließen und so dem politischen Extremismus Vorschub leisteten. Sie trugen weiters zur Instabilität des weltwirtschaftlichen Systems bei, das allzu sehr auf die Wohltaten des großen Kreditgebers, der Vereinigten Staaten, angewiesen war. In den USA entwickelte sich in den 1920er-Jahren, nicht zuletzt dank der neuen Technologien des Autos und anderer dauerhafter Konsumgüter, etwa im Haushaltsbereich (Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger oder Radio), ein Wirtschaftsboom, der zunächst auch auf den Rest der Welt ausstrahlte. Mit dem großen Börsenkrach im Oktober 1929 begann allerdings eine Kontraktionstendenz, die sich praktisch weltweit bemerkbar machte, besonders aber in dem auf kurzfristige Kredite angewiesenen Deutschland und seiner Industrie. Die realwirtschaftliche Kontraktion wirkte wieder auf das Finanzsystem zurück, wobei sich herausstellte, dass viele Industrien de facto schon seit Jahren Kreditverbindlichkeiten eingegangen waren, die sie letztlich nicht zurückzahlen konnten. Die mit leichter Verzögerung einsetzende Massenarbeitslosigkeit drückte wiederum auf den Konsum, was die Güterproduktion erneut belastete. Die Situation war auch insoweit schwierig, als wesentliche Teile der jüngeren Generation schon gegen Ende des 1. Weltkriegs das kapitalistische System als ganzes abzulehnen

begonnen hatten. In der Sowjetunion war ein von vielen in seinen Qualitäten überschätztes Gegenbild des Kapitalismus entstanden; wiederum präsentierte sich der italienische Faschismus als autoritäres bürgerliches Gegenbild zum Bolschewismus.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise wurden eine Ordnung des „Chaos“ der Märkte und eine in stärkerem Maße geplante Wirtschaft von der politischen Rechten ebenso wie von der äußersten und der gemäßigten Linken eingefordert. Angesichts der Kaufzurückhaltung der Konsumenten und der Investitionszurückhaltung der Industriellen sowie der Kreditzurückhaltung der Banken gab es zwei, auch in Mischformen auftretende Haupttendenzen unter den Vertretern einer „geordneteren“ Wirtschaft:

- Einerseits die Anhänger einer Kartellierung, also einer monopolistisch geordneten, bedarfsorientierten Wirtschaft, die die Überkapazitäten einzelner Sektoren durch Redimensionierung und Eliminierung „störender“ Außenseiter (allzu billige Importe, ideologisch unerwünschte Organisationen) aus dem geordneten Wettbewerb bewältigen wollten. Diese Tendenz äußerte sich etwa 1933 in den in Mitteleuropa verbreiteten Maßnahmen einer „Gewerbesperre“ und den zugehörigen Beschränkungen, die Großbetriebe des Einzelhandels trafen, allerdings auch in den ebenfalls 1933 verfügten Maßnahmen der National Recovery Administration (NRA) des New Deal.
- Andererseits zeigten sich die Vertreter des „Ankurbelns“ geneigt, den Staat und die Konsumenten als Nachfrager zu stärken und somit auf expansive Weise die brachliegenden Kapazitäten auszulasten. Eine Variante dieser Gesinnung stellt das Autarkiestreben dar, welches aus einer Mischung von militärischen und volkswirtschaftlichen Souveränitätsgedanken eine erhöhte Produktivität der Landwirtschaft einforderte.

3. Zur Charakteristik der Genossenschaften der 1930er-Jahre

Aus der Sicht eines Lebenszyklusmodells¹ waren die heute etablierten Genossenschaften damals relativ jung, dynamisch und galten vielfach noch nicht als Teil der „normalen“ Wirtschaft, sondern als Alternative zu dieser und als politisch gefärbte „Bewegungen“. Dies hatte einerseits mobilisierende Auswirkungen auf Mitglieder, Funktionäre und Management, andererseits machte es besonders die politisch exponierten Genossenschaften zu Opfern politischen Drucks, der „Gleichschaltung“

¹ Vgl. Brazda/Schediwy (1998).

und des Terrors – etwa in den faschistischen Diktaturen Italiens, Deutschlands und Österreichs.² Auch in den demokratisch gebliebenen Staaten standen prominente Genossenschaften mit effizientem, hoch motiviertem Management, etwa die Konsumgenossenschaften in Schweden und der Schweiz, im Zentrum politisch-ökonomischer Auseinandersetzungen:

- Im agrarwirtschaftlichen Bereich erschienen Genossenschaften damals als profilierte und privilegierte Institution der wirtschaftlichen Produktions- und Verbrauchsplanung. Der Weltwirtschaftskrise vorausgegangen war bereits eine deutliche Verschlechterung der Agrarpreise weltweit. Die Lösung, die hier von den Bauernvertretern anvisiert wurde, war in Europa in der Regel eine offensive: Man wollte die Existenz der Bauernschaft sichern, zugleich aber auch die Versorgung der eigenen Bevölkerung – letzteres vor dem Hintergrund schwerwiegender Versorgungsmängel, wie sie vor allem die sogenannten Mittelmächte in den Spätphasen des vierjährigen Ringens des 1. Weltkrieges getroffen hatten. Garantierte und stabile Abnahmepreise für Agrarprodukte und die staatliche Gewährleistung einer ausreichenden Grundversorgung der Bevölkerung waren die Ziele, denen sich auch die Vermarktungsgenossenschaften der Bauern stellten; Versorgungssicherheit genoss dabei weit höheren Stellenwert als das Ideal des freien Wettbewerbs.
- Im gewerblichen Bereich standen im Sinne der von Hermann Schulze-Delitzsch begründeten Tradition für die Genossenschaften die Bewahrung ihres Grundsatzes „small is beautiful“ und zugleich die Abwehr gegenüber jeglichen politischen Protektoren im Vordergrund. Sie befanden sich vielfach erst in der Phase der Stärkung eines sektoralen Verbundes durch die Gründung einer Zentralkasse und der Erreichung einer Verbandseinheit wie in Österreich.
- Im konsumgenossenschaftlichen Bereich waren die Genossenschaften als Institutionen der kleinen Leute durch die Auswirkungen des so genannten Engel'schen Gesetzes bevorzugt, wonach der Prozentanteil seines Einkommens, den ein Privathaushalt für die Ernährung ausgibt, mit steigendem Einkommen sinkt. Die Umsatzrückgänge fielen hier geringer aus als bei höherwertigen Konsumgütern, da die Genossenschaften hauptsächlich „Lebensnotwendiges“ mit geringer

² Zur Gleichschaltung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften vgl. Schubert (1989): S. 13: Der Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Georg Hermes, wurde im März 1933 verhaftet, im April durch einen Spitzenrepräsentanten des Regimes, Walter Darré, ersetzt. Ähnlich waren zuvor die Faschisten in Italien vorgegangen, vgl. Brazda/Schediwy (1989): S 838f.

Einkommenselastizität anboten. In Einzelfällen, beispielsweise in Schweden, erwiesen sich Konsumgenossenschaften damals als erfolgreiche Kämpfer gegen die in der Krise der 1930er-Jahre auffällige Tendenz zur Verstärkung der Kartelle und Monopole.³ Eine Tendenz, die Wirtschaftsordnung im zünftlerischen Sinn zu formen, das heißt im Sinne der Kartellierung und der kontrollierten Stilllegung von Konkurrenten, der gesetzlichen Gewerbesperre, der versuchten Hochpreispolitik und der Einengung auf „gesunden“ Wettbewerb, stand ja damals, wie erwähnt, durchaus auf der Tagesordnung.⁴

- Der genossenschaftliche Wohnbau befand sich in der Anfangsphase einer immer stärkeren Verschränkung mit der staatlichen und kommunalen Wohnbauförderung.

4. Österreichs Genossenschaften in den 1930er-Jahren (Szenarien)

4.1 Gewerbliche Kreditgenossenschaften (Volksbanken)

Die österreichischen Genossenschaften des städtischen und gewerblichen Mittelstandes spielten zwar in den 1930er Jahren keine wirtschaftlich führende Rolle, erwiesen sich aber in der damaligen schweren Wirtschaftskrise „als überaus widerstandsfähig“⁵. Zu den Mitgliedern des Österreichischen Genossenschaftsverbandes rechneten 1930 (1931), nach dem Zusammenschluss des „Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich“ mit dem „Centralverband der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“,

- 264 (290) Kreditgenossenschaften mit – soweit Zahlen gemeldet wurden – insgesamt über 170.000 (172.000) Mitgliedern⁶ und
- 195 (191) sonstige Genossenschaften, darunter 47 (50) Produktiv-, 28 (-) Verbraucher-, 27 (26) Elektrizitäts-, 17 (24) Bezugs- und Absatz-, 14 (13) Bau- und Siedlungs-, 11 (14) Rohstoff- und 10 (12) kaufmännische

³ Eine besondere Rolle spielte dabei die charismatische Führungspersönlichkeit Albin Johanson an der Spitze des schwedischen Genossenschaftsunternehmens Kooperativa Förbundet (KF), vgl. Brazda/Schediwy (1989): S. 270ff., 274.

⁴ Zum Beispiel beim amerikanischen New Deal, im Rahmen der National Recovery Administration, vgl. Brand (1988), oder in der Schweiz, vgl. Boson (1965): S. 291.

⁵ Vgl. Neudörfer (1931a): S. 3.

⁶ Vgl. Kojalek (1931): S. 164f., Zahn (1932): S. 127f.

Einkaufsgenossenschaften mit – soweit Zahlen gemeldet wurden – fast 112.000 (über 31.000) Mitgliedern.⁷

Die mitgliederstarken bürgerlichen Konsumgenossenschaften mussten aus dem Verband ausscheiden und sind in den Zahlen für 1931 nicht mehr enthalten.

Bei den Kreditgenossenschaften ist es zwar zu Zusammenbrüchen (Liquidationen) von Unternehmen gekommen,⁸ aber „die wenigen Genossenschaften, die ... [1931] zusammengebrochen sind, haben den Wurm schon vorher in sich getragen“⁹ und „wären auch ohne diese Katastrophenkrise nicht zu halten gewesen.“¹⁰ Eine Stärke wurde in der Revisionsleistung des Verbandes gesehen.¹¹

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stand die Vorsorge für eine ausreichende Zahlungsfähigkeit (Liquidität) der Volksbanken, dahinter hatte die Sorge um die Rentabilität zurückzutreten.¹² Den Instituten wurde davon abgeraten, eine Dividende auszuschütten.¹³ Vom Verband wurde 1931 wiederholt empfohlen, zurückhaltend bei der Kreditvergabe zu verfahren, insbesondere wenn die Bank nicht über genügend eigene Liquidität verfügte.¹⁴ Dies ging so weit, dass „die vorübergehende Einstellung der Gewährung neuer Kredite sowie die Verwendung aller einfließenden Gelder zur Stärkung der flüssigen Bestände“¹⁵ für erforderlich gehalten wurde und angesichts des Wertverfalls von Sicherheiten bei Grundbesitz und Wertpapieren dazu gemahnt wurde, die „Debitoren tatkräftigst abzubauen“¹⁶. Es ist verständlich, dass sich dadurch für die Kunden der Volksbanken der Zugang zu Krediten verknappen und eine „Kreditklemme“ entstehen konnte. Wie sich aus den von den Volksbanken gemeldeten Daten ergibt, haben die Institute ihre Ausleihungen verringert: So ist im Durchschnitt der Betrag der kurzfristigen Kredite aber auch der Hypothekarkredite in der Wirtschaftskrise bis 1933 bzw. 1934 zurückgegangen (vgl. Abbildung 1).¹⁷

⁷ Vgl. Kojalek (1932): S. 9f., Zahn (1932): S. 171f.

⁸ Vgl. Schediwy (2001): S. 269-273.

⁹ Vgl. z. B. Neudörfer (1932a): S. 1.

¹⁰ Neudörfer (1932c): S. 109.

¹¹ Neudörfer (1932b): S.52.

¹² Vgl. Neudörfer (1931b): S. 129.

¹³ Vgl. Neudörfer (1932a): S. 3.

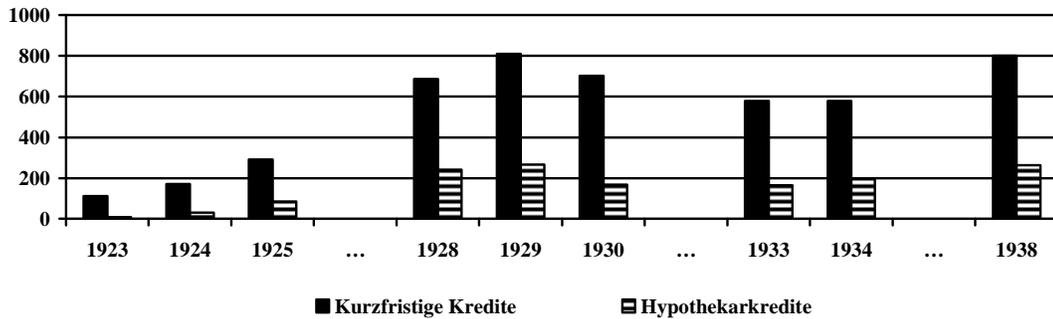
¹⁴ Vgl. Neudörfer (1931a): S. 3.

¹⁵ Die Anwaltschaft (1931a), (1931b).

¹⁶ Vgl. Die Anwaltschaft (1931c).

¹⁷ Bei den Daten ist jedoch zu beachten, dass sie auf den Meldungen der Vorschussvereine beruhen und nicht alle Mitglieder des Verbandes bzw. nicht immer dieselben Vorschussvereine eine Meldung eingereicht haben.

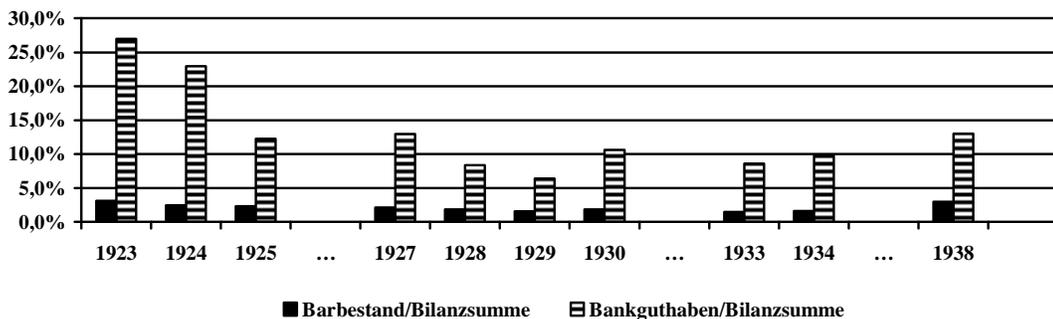
Abbildung 1: Entwicklung des durchschnittlichen Volumens der kurzfristigen Kredite und Hypothekarkredite je Vorschussverein (in 1.000 Schilling)



Quelle: Errechnet aus Kühberger (1942): S. 72.

Die überwiegende Mehrheit der Kreditgenossenschaften konnte ihre Zahlungsbereitschaft aufrecht erhalten. Doch bei einzelnen Instituten ist es zu fortgesetzten Einlagenabhebungen gekommen, wodurch diese Institute in Schwierigkeiten geraten sind, weil sie nicht mehr über ausreichende Bankguthaben verfügten, Kredite nicht zu erhalten waren und die Eingänge aus Kündigungen von Krediten nur in ungenügendem Maß Abhilfe geschaffen haben.¹⁸ So war die vorgehaltene Liquidität – in Form von Barbeständen und als Guthaben bei Banken – war 1929 sehr angespannt, konnte aber in den folgenden Jahren verbessert werden, ohne jedoch das Niveau vor der Wirtschaftskrise zu erreichen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Anteil des Barbestandes bzw. der Bankguthaben an der Bilanzsumme

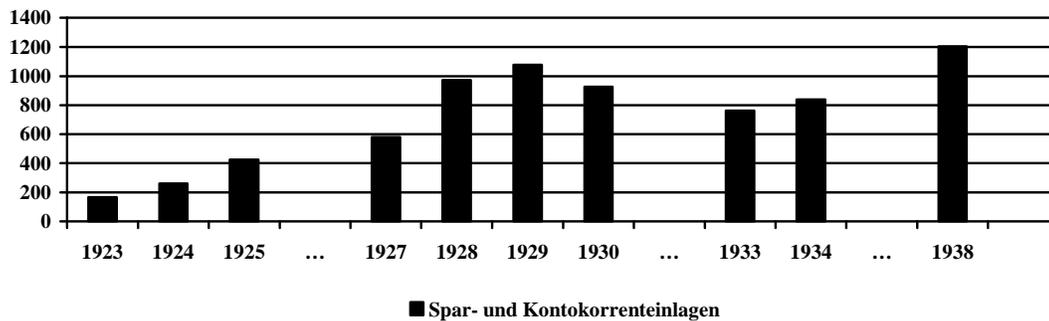


Quelle: Errechnet aus Kühberger (1942): S. 72.

¹⁸ Vgl. Neudörfer (1931c): S. 158.

Insgesamt verzeichneten die Institute durchschnittlich einen Rückgang an Einlagen (Spar- und Kontokorrenteinlagen), der bis 1933 andauerte (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Spar- und Kontokorrenteinlagen (in 1.000 Schilling)



Quelle: Errechnet aus Kühberger (1942): S. 72.

Der erstarkte Raiffeisensektor kam den gewerblichen Kreditgenossenschaften zu Hilfe. Dies geschah durch Hilfeleistungen der Girozentrale der österreichischen Genossenschaften, die den gewerblichen Kreditgenossenschaften Mittel zur Verfügung stellte, um deren Liquiditätsschwierigkeiten zu mildern.¹⁹ Zu einer Unterstützung der Genossenschaften von Seiten des Staates ist es nicht gekommen.²⁰

Die damals noch junge Österreichische Zentralgenossenschaftskasse, der seit der Krise ein großer Teil ihrer Spareinlagen entzogen wurde, war nicht im Stande, einzelne bedrohte Genossenschaften mit Krediten zu entlasten.²¹

Dies war auch darauf zurückzuführen, dass es den Mitgliedsgenossenschaften an Sektorsolidarität mangelte und sie ihre überschüssigen Geldmittel bei anderen Banken veranlagten und „damit die notwendigen Kapitalien genossenschaftsfremden Zwecken zuführten.“²²

Erst 1935 konnte man sagen, „daß die Oesterreichische Zentralgenossenschaftskasse, nachdem sie die Stürme der letzten Jahre überwunden hatte, ein gesundes Unternehmen ist“²³ und „daß die beiden Vertrauenskrisen aus den Jahren 1929 und 1931 nicht zuletzt durch die tatkräftige Mithilfe der Girozentrale der österreichischen Genossenschaften

¹⁹ Vgl. Neudörfer (1932a): S. 2.

²⁰ Zahn (1933): S. 2.

²¹ Vgl. Neudörfer (1931c): S. 158.

²² Blaschek (1932): S. 114f.

²³ O. V. (1935): S. 103.

von der Oesterreichischen Zentralgenossenschaftskasse überwunden wurden, die damals der Oesterreichischen Zentralgenossenschaftskasse die notwendige Rückendeckung bot und zur Erleichterung ihrer Lage und der ihr angeschlossenen Mitglieds-genossenschaften wesentlich beitrug.²⁴

4.2 Konsumgenossenschaften

In den 1920er-Jahren kam es zu einem verstärkten Konzentrationsprozess der österreichischen Konsumgenossenschaften. In Wien entstand mit der Übernahme der Konsumvereine Fünfhaus, Donaustadt und Vorwärts durch den „Ersten Niederösterreichischen Arbeiter-Konsumverein“ die „Konsumgenossenschaft Wien und Umgebung“ (KGW). Zu diesem Zeitpunkt hatte die KGW über 100.000 Mitglieder und war damit die größte Konsumgenossenschaft der Welt.²⁵ Durch die Verschmelzung der Eisenbahner-Lebensmittelmagazine mit den örtlichen Konsumgenossenschaften kam es insgesamt zur Stärkung der Konsumgenossenschaften. Dieser Konzentrationsprozess der österreichischen Konsumgenossenschaften erwies sich während der folgenden Weltwirtschaftskrise als Vorteil bei der Überwindung der ökonomischen Probleme.

Als im August 1930 der Internationale Genossenschaftskongress in Wien stattfand, hatte die österreichische Konsumgenossenschaftsbewegung ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, sie genoss im In- und Ausland ein hohes Ansehen.²⁶ Die Verbindungen zwischen den Konsumgenossenschaften, der Sozialdemokratischen Partei (SDAP) und den Gewerkschaften waren zu diesem Zeitpunkt besonders eng. Dadurch kam es zu Synergie-Effekten, die sich vor allem vorteilhaft auf die Anzahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften auswirkten. Allerdings stellte diese Situation die österreichischen Konsumgenossenschaften stärker in den seit 1927 schärfer werdenden politischen Streit, als dies dem pragmatisch denkenden Führungskreis im Sektor lieb war. Ab etwa 1930 ist daher eine verstärkte Bemühung um ein zumindest verbales Bekenntnis zur Rochdale-Neutralität feststellbar.²⁷ Die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften des „Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine“ blieb in den 1930er-Jahren, trotz einer Abnahme der Zahl der verbandsangehörigen Konsumgenossenschaften, stabil im Bereich von 260.000.²⁸ Durch die Belieferung von Nicht-Mitgliedern versuchten die Konsumgenos-

²⁴ O. V. (1935): S. 103.

²⁵ Vgl. Vukovich (1951): S. 13.

²⁶ Vgl. Seibert (1978): S. 106.

²⁷ Vgl. Schediwy (2006): S. 167.

²⁸ Vgl. Rauter (1976): S. 224.

senschaften, in der Weltwirtschaftskrise Gewinne zu erzielen, die unter anderem der Partei und den Gewerkschaften zugute kommen sollten.²⁹

Die Spannungen zwischen dem privaten Handel, den bürgerlichen Konsumgenossenschaften und den der SDAP nahestehenden Konsumgenossenschaften nahmen Anfang der 1930er Jahre immer weiter zu. Als Konsequenz kam es zu sektoralen Bereinerigungstendenzen der Verbandsmitgliedschaft. Als etwa 1930 der „Österreichische Genossenschaftsverband“ gegründet wurde (vgl. Kap. 4.1), stellten die bürgerlichen Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes einen Fremdkörper im neugegründeten Genossenschaftsverband dar. Die von der wirtschaftlichen Krise stärker betroffenen bürgerlichen Konsumvereine wurden 1932 aus dem „Österreichischen Genossenschaftsverband“ ausgeschlossen. Die bürgerlichen Konsumvereine gründeten mit den Vorarlberger Konsumgenossenschaften unter Führung des „Ersten Wiener Konsumvereins“ im Jahr 1933 den „Schutzverband Österreichischer Konsumentenvereinigungen“.³⁰ Als 1935 der „Erste Wiener Konsumverein“ zusammenbrach, kam es zum Beitritt des „Schutzverbandes Österreichischer Konsumentenvereinigungen“ zum Konsumverband, mit dem die bürgerlichen Konsumvereine bereits vorher eng kooperiert hatten.

Politische Gefahr für die der Arbeiterbewegung nahestehenden Konsumgenossenschaften drohte ab März 1933, nach der Ausschaltung des Parlaments und dem Beginn der autoritären Staatsführung durch Engelbert Dollfuß, von politischer und administrativer Seite. Die Schwierigkeiten begannen mit der Unterstellung der Konsumgenossenschaften unter die Gewerbeordnung. Dadurch wurden sie gezwungen, für ihre Filialleiter um Gewerbescheine und Befähigungsnachweise anzusuchen. Durch die Gewerbenovelle 1933 und das Untersagungsgesetz, die die Zustimmung der von der Konkurrenz dominierten Handelskammer für neue Konsumgenossenschafts-Filialen festlegten, wurde den Konsumgenossenschaften eine weitere Expansion unmöglich gemacht. Im Gegenteil, allein im Jahre 1933 mussten über hundert Verkaufsstellen geschlossen werden.³¹ Durch eine weitere Verordnung der Regierung Dollfuß wurde es den Konsumgenossenschaften untersagt, an öffentliche Körperschaften oder von diesen verwaltete Unternehmen zu liefern.

Die Übergriffe gegen die Konsumgenossenschaften verschärften sich immer weiter, und es kam 1933/34 gehäuft zu Überfällen der Heimwehren, rechts gerichteter Wehrformationen, auf Genossenschaftslokale, um dort nach Waffenlagern des Republikanischen Schutzbundes, der Wehrformation der Sozialdemokraten, zu suchen. Als im Februar 1934 die

²⁹ Vgl. Seibert (1978): S. 106.

³⁰ Vgl. Ruppe (1970): S. 30.

³¹ Vgl. Rauter (1976): 225 ff.

Sozialdemokratische Partei, ihre Unterorganisationen und die Gewerkschaften aufgelöst wurden, drängten Organisationen der Kaufleute und Gewerbetreibenden auch auf die Auflösung der Konsumgenossenschaften. Diese konnte, trotz der Verhaftung der politisch tätigen Führer der Konsumgenossenschaftsbewegung wie Karl Renner oder Emmy Freundlich, letztendlich durch die Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften verhindert werden. Diese solidarisierten sich auf die Bitte der „Technokraten“ im „Konsumverband“ mit dem Konsumgenossenschaftssektor und hatten so maßgeblichen Anteil am Fortbestand der Konsumgenossenschaften, jedoch musste ihre Selbstverwaltung vorübergehend aufgegeben werden.³²

Zusammenfassend kann man sagen, dass in der Zeit zwischen 1929 bis 1934 durch Zerstörungsversuche von mehreren Seiten eine ruhige Entwicklung der Konsumgenossenschaften nicht möglich war. Politische Repressalien durch gesetzliche Veränderungen, die Heimwehr und einflussreiche konkurrierende Händlerorganisationen schränkten die Handlungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften erheblich ein.

Dennoch kam es ab der Mitte der 1930er-Jahre zu überraschenden betriebswirtschaftlichen Erfolgen. Der Zwang, Filialen zu schließen, erwies sich zum Teil als Wohltat. Denn es wurden die betriebswirtschaftlich unrentabelsten Filialen geschlossen – was unter demokratischen Verhältnissen nicht leicht gewesen wäre, und es kam zum zielbewussten Ausbau der industriellen Eigenproduktion.

Erkauft wurden diese Erfolge, ähnlich wie in den anderen mitteleuropäischen Diktaturen der Zeit, durch die zumindest vordergründige Akzeptanz der Einbindung in den autoritären Staat.

4.3 Raiffeisengenossenschaften

Die Zwischenkriegszeit war für den landwirtschaftlichen Genossenschaftssektor ein Wechselbad von Erfolgen und Krisen. Der Warenssektor expandierte und rückte zu einer Säule der Agrarpolitik auf. Man begann, in den 1920er-Jahren immer mehr von „drei Säulen“ zu sprechen, von denen die Landwirtschaft getragen werde: von der politischen Vertretung durch den Bauernbund, der ständischen durch die Kammerorganisation und der wirtschaftlichen durch das Genossenschaftswesen.³³ Der Geldsektor dagegen vermochte es nicht, sich aus dem Strudel der Banken Krisen und Bankenkrisen der Zeit herauszuhalten.

³² Vgl. Seibert (1978): S. 114.

³³ Vgl. Werner (1993): S. 184, Brazda, Schediwy (2008): S. 283.

Der Reigen der ökonomischen Krisen der 1930er-Jahre begann mit der europäischen Agrarkrise. Die rasch gestiegene Agrarproduktion der 1920er-Jahre führte zu einem Preisverfall am Weltmarkt und leitete eine Ära der Marktregulierung und Marktordnungen ein, da alle internationalen Koordinationsversuche, nationalen Egoismus mit Absperrungsmaßnahmen zum Schutz der eigenen Landwirtschaft abzuwenden, gescheitert waren –³⁴ hatten doch die Agrarwirtschaft und Agrarpolitik nach dem ersten Weltkrieg deutlich an politischer Stellung gewonnen. Organisatorische Neuerungen waren gefragt, die für viele Jahrzehnte wirksam sein sollten. Vor allem galt dies für die Etablierung landwirtschaftlicher Marktordnungen. 1930/31 zeichneten sich durch die Forderung des Bauernbundes nach einer zentralen Getreide- und Mehleinfuhrstelle die Konturen der neuen Politik ab: die Forderung nach massiven Staatseingriffen in den Agrarmarkt in Form von Abschöpfungen, Importverboten, Kontingentierungen oder Fonds.³⁵ Im Sommer 1931 entstanden der Milchausgleichsfonds und gleich darauf die Viehverkehrsstelle und der später folgende Viehfonds. Als dritter Schritt – diesmal ein genossenschaftlicher – folgte die Stabilisierung des Roggenpreises durch den Verband der ländlichen Genossenschaften in Niederösterreich (August 1933) – mit bereits damals einem Marktanteil von 100% beim Roggenimport.³⁶ Insgesamt kann man von einer Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die landwirtschaftliche Marktlenkung sprechen, die ihren bürokratischen Apparat für die Durchführung der Marktintervention zur Verfügung stellten. Zählte man 1930 noch 1.672 landwirtschaftliche Genossenschaften, so waren es 1934 bereits 2.067.³⁷

Dieser institutionellen Stärkung des Warenssektors standen die Nachwirkungen gewisser Probleme im Geld- und Kreditsektor gegenüber. Zu Anfang der 1920er-Jahre waren viele Bauern mit ihren Ersparnissen zu Spekulationsbanken abgewandert. Diese versprachen Renditen, die die Raiffeisenkassen aus prinzipiellen Gründen nicht geben wollten und konnten – ihnen kam die Aufgabe der Vertrauenssetzung nach der Hyperinflation zu, welche sie auch erfolgreich erfüllen konnten. Angesichts dieser Situation setzten sich einzelne genossenschaftliche Verbände mit Banken in Verbindung oder gründeten eigene Banken, die zunächst scheinbar von Erfolg begleitet waren (z. B. 1920: Niederösterreichische Bauernbank, 1920: Agrarbank für die Alpenländer).³⁸ Die meisten dieser Gründungen endeten aber in Skandalen, und somit erging es den Bauern

³⁴ Vgl. Sandgruber (1995): S. 370.

³⁵ Vgl. Hanisch (2002): S. 110.

³⁶ Vgl. Werner (2005): S. 121.

³⁷ Vgl. Sauer (1972): S. 49.

³⁸ Vgl. Sandgruber (2002): S. 386.

nicht anders als den alteingesessenen Banken und den meisten anderen Neugründungen. Im Sommer 1924 begann die lange Reihe der Bankenkrisen und Bankenzusammenbrüche, von denen auch zahlreiche Raiffeisenkassen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Höhepunkt der Bankenkrise war der Kollaps der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe im Mai 1931, die vom Bund zusammen mit der Nationalbank aufgefangen und für die eine Bundshaftung für die Einlagen ausgesprochen sowie ein Zahlungsmoratorium mit den ausländischen Gläubigern vereinbart wurde. Folge war eine internationale Vertrauenskrise, die zu einem rapiden Devisen- und Goldabfluss führte.

Von der Erschütterung des Kommerzbankwesens konnten die Raiffeisenkassen letztendlich profitieren. Sie erreichten 1929 mit 21% aller Einlagen einen Marktanteil, an den sie erst 1970 wieder herankommen konnten.³⁹ Darüber hinaus begannen die Raiffeisenkassen, eigene Kassengebäude zu errichten, vereinzelt wurden die Kassenstunden vermehrt, und es kam auch zu fixen Anstellungen besoldeter Zahlmeister.⁴⁰ Die Anzahl der Raiffeisenkassen stieg von 1.763 im Jahr 1930 auf 1.813 im Jahr 1934.⁴¹ 1933 erreichten die Raiffeisenkassen schließlich die Mündelsicherheit und damit die Gleichstellung mit den Sparkassen.

4.4 Wohnbaugenossenschaften

Die Bedeutung des Bausektors ist in der Zwischenkriegszeit im Vergleich zur Vorkriegszeit stark gesunken, insbesondere der Rückschlag in der Weltwirtschaftskrise auf etwa ein Drittel des Vorkriegsniveaus war stärker und andauernder als in den meisten anderen Wirtschaftszweigen. Die großen Baugesellschaften, die von Wien aus im Bereich des gesamten Vielvölkerstaates agiert hatten, sahen sich mit einem mal mehr oder weniger auf den kleinen österreichischen Binnenmarkt eingeeengt. Da wenig investiert wurde, gab es wenige Aufträge für die Bauwirtschaft.⁴² Zur wichtigsten Finanzierungsquelle des Wohnbaus wurde der 1921 gegründete Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds. Die Entwicklung der Wohnbaugenossenschaften war deshalb in der Zwischenkriegszeit durch das Vordringen der staatlichen und kommunalen Wohnbauförderung bestimmt, da die genossenschaftliche Wohnbautätigkeit fast zur Gänze von der staatlichen Förderung abhängig war. Die Gründungen vieler gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften waren die Folge. Stockten die

³⁹ Vgl. Sandgruber (2002): S. 387.

⁴⁰ Vgl. Werner (2005): S. 86.

⁴¹ Vgl. Sauer (1972): S. 49.

⁴² Vgl. Sandgruber (2002): S. 386.

Mittelzuweisung des Staates, ruhten die Arbeiten auf den Baustellen. Die Konkurrenz zum kommunalen Wohnbau wurde aber immer größer, bei dem sich insbesondere die Gemeinde Wien hervortat. Hingegen war der private Wohnbau durch die Mietengesetzgebung nahezu völlig erlahmt. Die Blütezeit der Wiener Siedlerbewegung im Rahmen eines von der Gemeindeverwaltung unterstützten Systems organisierter Selbsthilfe dauerte bis 1924.⁴³ Ab diesem Zeitpunkt begann die Gemeinde Wien ohne gemeinnützige Bauträger selbst den Gemeindebau durchzuführen, mit Betonung auf Großbauten mit stark gemeinwirtschaftlicher Orientierung und ohne individuelles Wohnungseigentum. Erst ab 1930 begann wieder eine Phase der Aktivierung der Siedlerbewegung, doch diesmal von den Gemeinden eingesetzt. Triebfeder für diese Wohnbaupolitik war die anschwellende Arbeitslosigkeit.⁴⁴ Bei diesen Aktionen, die vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gefördert wurden, sind zwischen 1932 und 1938 insgesamt 5.762 Siedlerstellen in ganz Österreich geschaffen worden.⁴⁵ Die Schaffung des autoritären Staates 1934 führte dann zu zahlreichen Maßnahmen wie Überwachungspersonal, Vorstandsenthebungen und Auflösungen gegen die sozialdemokratischen Wohnbaugenossenschaften.⁴⁶

5. Vergleichbarkeit der damaligen Krise mit der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise

Was den grundsätzlichen Charakter der Krisen betrifft, gibt es zweifellos einige bemerkenswerte aber auch beunruhigende Parallelen, unter anderem im Hinblick auf

- die vorausgehende exzessive Spekulation mit Derivaten,
- die weltumspannenden Auswirkungen einzelner signalhafter Ereignisse, z. B. des Zusammenbruchs der Wiener Credit-Anstalt 1931 oder von Lehman Brothers im Herbst 2008,
- die Rückwirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch eine erhöhte Sparquote der Privathaushalte und
- die daraus resultierenden deflationären Tendenzen.

Allgemein und für den Genossenschaftsbereich dürften die Parallelen aber wahrscheinlich nicht zu eng gesehen werden: Zum einen war der Grad an Verunsicherung über die grundsätzlichen Überlebenschancen eines

⁴³ Vgl. Lugger (1994): S. 41.

⁴⁴ Vgl. Brazda, Müller (1987): S. 116.

⁴⁵ Vgl. Schweitzer (1972): S. 232.

⁴⁶ Vgl. Lugger (1994): S. 44.

liberalen Kapitalismus in den 1930er-Jahren doch erheblich größer als heute. Nach Weltkrieg und Hyperinflation schien diese Krise vielen als letzte, fundamentale Erschütterung des kapitalistischen Systems. Es gab deshalb einen breiten Konsens darüber, dass Wirtschaftsplanung an die Stelle des Laissez faire-Systems treten sollte, und in diesem Konsens wurde von vielen die Rolle der Genossenschaften positiv gesehen. Heute dagegen sind Alternativen einer faschistischen oder einer stalinistisch orientierten Wirtschaftsordnung diskreditiert, und selbst eine demokratisch legitimierte Planwirtschaft fände wenig Anhänger. Zum anderen gibt es heute einen viel höheren Grad der Reife bei den Genossenschaften, sie gehören zur „Normalwirtschaft“, die Phase des ursprünglichen Enthusiasmus ist bei vielen genossenschaftlichen Institutionen schon lange her. Teile der etablierten Strukturen haben sich in aktuelle Probleme verwickelt – beispielsweise einige agrarkreditgenossenschaftliche Gruppierungen in die Krise der Banken in Osteuropa. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass es zu einem erneuten Enthusiasmus für möglicherweise neue Formen der genossenschaftlichen Organisation kommen könnte, besonders wenn die Krise doch tiefer und länger dauern sollte, als man derzeit absehen kann. So besteht die Chance der Genossenschaften, wiedergeboren zu werden, im Sinne Charles Gides durchaus weiter.

6. Literatur

Die Anwaltschaft (1931a): An unsere Kreditgenossenschaften. In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 12 (15. Juni), S. 95.

Die Anwaltschaft (1931b): An unsere Kreditgenossenschaften! In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 15 (1. August), S. 117.

Die Anwaltschaft (1931c): An unsere Kreditgenossenschaften. In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 19 (1. Oktober), S. 143.

Blaschek, Willy (1932): Zehn Jahre Oesterreichische Zentralgenossenschaftskasse. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 15 (1. August), S. 113-115.

Boson, Charles (1965): Co-op in der Schweiz. Basel.

Brand, Donald A. (1988): Corporatism and the Rule of Law – A Study of the National Recovery Administration. Ithaca.

Brazda, Johann/Müller, Franz (1987): Wirtschaftliche Perspektive. In: Patera, Mario (Hrsg.): Genossenschaftsentwicklung im österreichischen Wohnungsbau. Frankfurt am Main, New York, S. 67-208.

- Brazda, Johann/Schediwy, Robert (1998): Strukturprobleme von föderativen Verbundsystemen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, 48. Jg., S. 177-191.
- Brazda, Johann; Schediwy, Robert (2008): Genossenschaften in Niederösterreich 1914-1995. In: Melichar, Peter/Langthaler, Ernst/Eminger, Stefan (Hrsg.): Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2: Wirtschaft. Wien, S. 277-297.
- Brazda, Johann/Schediwy, Robert (Hrsg.) (1989): Consumer Co-operatives in a Changing World. (Zwei Bände). Genf.
- Hanisch, Ernst (2002): Die Politik und die Landwirtschaft. In: Bruckmüller, Ernst u. a. (Hrsg.): Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 1. Wien, S. 15-189.
- Hasselmann, Erwin (1971): Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Frankfurt am Main.
- Kojalek, Josef (1931): Die Geschäftsergebnisse der dem Österreichischen Genossenschaftsverband angeschlossenen Kreditgenossenschaften für das Jahr 1930. In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 22 (15. November), S. 164-167.
- Kojalek, Josef (1932): Die Geschäftsergebnisse der dem Österreichischen Genossenschaftsverband angeschlossenen gewerblichen Betriebs-Genossenschaften für das Jahr 1930. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 2 (15. Jänner), S. 9ff.
- Kühberger, Friedrich (1942): Die Entwicklung der Volksbanken in der Ostmark. Beiträge zur angewandten Wirtschaftslehre, H. 5. Würzburg.
- Lugger, Klaus (1994): Geschichte und Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen in Österreich. In: Korinek, Karl/Nowotny, Ewald (Hrsg.): Handbuch der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Wien, S. 15-66.
- Neudörfer, Otto (1931a): Zum Jahreswechsel! In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. (1. Jänner), S. 2-4.
- Neudörfer, Otto (1931b): Zur Lage. In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 17 (1. September), S. 129.
- Neudörfer, Otto (1931c): Zur Lage. In: Die Genossenschaft, 60. Jg., Nr. 21 (1. November), S. 157-158.
- Neudörfer, Otto (1932a): Zum neuen Jahr. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 1 (1. Jänner), S. 1-3.
- Neudörfer, Otto (1932b): Genossenschaftliche Probleme der Gegenwart und Zukunft. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 7 (1. April), S.52-54.
- Neudörfer, O. (1932c): Die gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs seit dem Kriege. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 15 (1. August), S. 105-109.

- o. V. (1935): Die 12. ordentl. Generalversammlung der Oesterr. Zentralgenossenschaftskasse reg. Gen. m. b. H. im Zeichen genossenschaftlicher Solidarität. In: Die Genossenschaft, 64. Jg., Nr. 13 (1. Juli), S. 102-105.
- Rauter, Anton Eduard (1976): Verbraucherpolitik und Wirtschaftsentwicklung. Wien.
- Ruppe, Hans Georg (1970): Das Genossenschaftswesen in Österreich. Veröffentlichungen der Deutschen Genossenschaftskasse, Bd. 7. Frankfurt am Main.
- Sandgruber, Roman (1995): Ökonomie und Politik – Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Österreichische Geschichte, hrsgg. von Wolfram, Herwig. Wien.
- Sandgruber, Roman (2002): Die Landwirtschaft in der Wirtschaft. In: Bruckmüller, Ernst u. a. (Hrsg.): Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 1. Wien, S. 191-408.
- Sauer, Manfred (1972): 100 Jahre Österreichischer Genossenschaftsverband 1872-1972. Wien.
- Schediwy, Robert (2001): Die gewerblichen Kreditgenossenschaften in der Zwischenkriegszeit. In: Brazda, Johann (Hrsg.): 150 Jahre Volksbanken in Österreich. Schulze-Delitzsch-Schriftenreihe, Bd. 23. Wien, S. 133-309.
- Schediwy, Robert (2006): Die Zwischenkriegszeit im Blickfeld des „Freien Genossenschafters“. In: Brazda, Johann/Rom, Siegfried (Hrsg.): 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Österreich. Schriftenreihe des Forschungsvereins Entwicklung und Geschichte der Konsumgenossenschaften, Bd. 3. Wien, S. 85-275.
- Schubert, Werner (Hrsg.) (1989): Akademie für Deutsches Recht 1933-1945, Protokolle der Ausschüsse, Bd. 4: Ausschuss für Genossenschaftsrecht. Berlin, New York.
- Schweitzer, Renate (1972): Der staatlich geförderte, der kommunale und der gemeinnützige Wohnbau bis 1945, Dissertation TU Wien.
- Seibert, Franz (1978): Die Konsumgenossenschaften in Österreich. Wien.
- Vukovich, Andreas (1951): Festschrift zum 50-jährigen Bestand des Konsumverbandes 1901-1951. Wien.
- Werner, Wolfgang (1993): Die Roggenpreisstabilisierung des Verbandes ländlicher Genossenschaften in Niederösterreich im August 1933. Eine Studie zur Agrarpolitik der Ära Dollfuß. In: Unsere Heimat, 64. Jg., H. 3, S. 182-199.
- Werner, Wolfgang (2005): Auf der Straße des Erfolges – Zur Geschichte der österreichischen Raiffeisenbewegung von kleinen Ortsgenossenschaften zu international tätigen Netzwerken. Kooperation und Wettbewerb, Bd. 4. München, Mering.

Zahn, Josef (1932): Die Geschäftsergebnisse der Kreditgenossenschaften des Oesterreichischen Genossenschaftsverbandes für das Jahr 1931. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 17 (1. September), S. 127-131.

Zahn, Josef (1932): Die Geschäftsergebnisse der Betriebsgenossenschaften des Österreichischen Genossenschaftsverbandes im Jahre 1931. In: Die Genossenschaft, 61. Jg., Nr. 23 (1. Dezember), S. 171-174.

Zahn, Josef (1933): Zum Neuen Jahre. In: Die Genossenschaft, 62. Jg., Nr. 1 (1. Jänner), S. 1-3.

This yearly series of working papers (WP) aims to publish essentially works in English or in French resulting from the scientific network of CIRIEC and more specifically its working groups. The WP are submitted to a review process and are published under the responsibility of the President of the International Scientific Council, the president of the scientific Commissions or the working groups coordinators and of the editor of the CIRIEC international scientific journal, the *Annals of Public and Cooperative Economics*.

These contributions may be published afterwards in a scientific journal or book.

The contents of the working papers do not engage CIRIEC's responsibility but solely the author(s').

Submissions are to be sent to CIRIEC, Université de Liège au Sart Tilman, Bât B33 (bte 6), BE-4000 Liège, Belgium.

Cette collection annuelle de Working Papers (WP) est destinée à accueillir essentiellement des travaux en français ou en anglais issus du réseau scientifique du CIRIEC et en particulier de ses groupes de travail. Les WP font l'objet d'une procédure d'évaluation et sont publiés sous la responsabilité du président du Conseil scientifique international, des présidents des Commissions scientifiques ou des coordinateurs des groupes de travail et de la rédactrice de la revue scientifique internationale du CIRIEC, les *Annales de l'économie publique, sociale et coopérative*.

Ces contributions peuvent faire l'objet d'une publication scientifique ultérieure.

Le contenu des WP n'engage en rien la responsabilité du CIRIEC mais uniquement celle du ou des auteurs.

Les soumissions sont à envoyer à l'adresse du CIRIEC, Université de Liège au Sart Tilman, Bât B33 (bte 6), BE-4000 Liège, Belgique.

Publications

- 2010/01 Municipal waste management in Italy
A. Massarutto
- 2010/02 Spanish Local and Regional Public Transport
P. Martín Urbano, A. Ruiz Rúa, J.I. Sánchez Gutiérrez & G. Andreu Losantos
- 2010/03 The Spanish Waste Sector: Waste Collection, Transport and Treatment
D. Dizy Menéndez & O. Ruiz Cañete
- 2010/04 Genossenschaften und Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre
J. Brazda, R. Schediwy, H. Blisse & F. Jagschitz

CIRIEC (International Centre of Research and Information on the Public, Social and Cooperative Economy) is a non governmental international scientific organization.

Its **objectives** are to undertake and promote the collection of information, scientific research, and the publication of works on economic sectors and activities oriented towards the service of the general and collective interest: action by the State and the local and regional public authorities in economic fields (economic policy, regulation); public utilities; public and mixed enterprises at the national, regional and municipal levels; the so-called "social economy" (not-for-profit economy, cooperatives, mutuals, and non-profit organizations); etc.

In these fields CIRIEC seeks to offer information and opportunities for mutual enrichment to practitioners and academics and for promoting international action. It develops activities of interest for both managers and researchers.

Le CIRIEC (Centre International de Recherches et d'Information sur l'Economie Publique, Sociale et Coopérative) est une organisation scientifique internationale non gouvernementale.

Ses **objectifs** sont d'assurer et de promouvoir la collecte d'informations, la recherche scientifique et la publication de travaux concernant les secteurs économiques et les activités orientés vers le service de l'intérêt général et collectif : l'action de l'Etat et des pouvoirs publics régionaux et locaux dans les domaines économiques (politique économique, régulation) ; les services publics ; les entreprises publiques et mixtes aux niveaux national, régional et local ; l'économie sociale : coopératives, mutuelles et associations sans but lucratif ; etc.

Le CIRIEC a pour but de mettre à la disposition des praticiens et des scientifiques des informations concernant ces différents domaines, de leur fournir des occasions d'enrichissement mutuel et de promouvoir une action et une réflexion internationales. Il développe des activités qui intéressent tant les gestionnaires que les chercheurs scientifiques.



International Centre of Research and Information on the Public, Social and Cooperative Economy - aisbl
Centre international de Recherches et d'Information sur l'Economie Publique, Sociale et Coopérative - aisbl

Université de Liège au Sart-Tilman
Bât. B33 - bte 6
BE-4000 Liège (Belgium)

Tel. : +32 (0)4 366 27 46
Fax : +32 (0)4 366 29 58
E-mail : ciriec@ulg.ac.be
<http://www.ciriec.ulg.ac.be>